



---

---

## Haushalts- und Finanzausschuss

### 40. Sitzung (öffentlicher Teil)\*)

19. April 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:55 Uhr

13:00 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

#### 1 Aktuelle Vorfälle im Eigenhandel der WestLB

5

Bericht des Finanzministers und Bericht des Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Dr. Thomas R. Fischer

- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)

5

- Bericht des Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas R. Fischer (WestLB AG)

7

- Diskussion

9

#### 2 Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagementgesetz NRW – PEMG NRW)

33

Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Drucksache 14/3975

Erster Beratungsdurchgang

Kurze Beratung.

---

\*) nichtöffentlicher Teil mit TOP 14 siehe nöAPr 14/74

**3 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2005** 35

Antrag  
des Finanzministeriums  
Vorlage 14/1008

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag einstimmig, die in Vorlage 14/1008 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Winfried Schittges (CDU)

**4 Gesetz über die Gewährung von Einmalzahlungen an Beamte und die Gewährung einer Zulage für freiwillige Mehrarbeit im feuerwehrtechnischen Dienst in Nordrhein-Westfalen** 36

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/3968

Nach kurzer Beratung **billigt** der Ausschuss einvernehmlich den Vorschlag des **Unterausschusses „Personal“**, ein **Expertengespräch** zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

**5 Initiative „Hilfen für Helfer“ unterstützen  
Steuerliche Begünstigung des Ehrenamtes und Vereinfachung des Spendenabzuges für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger mittragen** 38

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/3170

Nach kurzer Beratung wird vereinbart, den Antrag am 30. August 2007 aufzugreifen.

**6 Personalentwicklung an den Hochschulen in NRW** 39

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/3642

Der Ausschuss **beschließt** ohne Diskussion einstimmig, auf ein **Votum zu verzichten**.

- 7 Gründung der NRW.International GmbH: Parlamentarische Steuerungsfähigkeit durch ein Höchstmaß an Transparenz sichern und so das Parlament nicht außen vor lassen** 40

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/3646

Der Ausschuss diskutiert über den Antrag.

Er **beschließt** sodann einvernehmlich, den Antrag **ohne Votum** an den federführenden Ausschuss weiterzugeben.

- 8 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW)** 43

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/3673

Der Ausschuss vereinbart, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen und anschließend die inhaltliche Beratung durchzuführen.

- 9 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91a GG;  
hier: Anmeldung zum 36. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe  
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** 44

Vorlage 14/965

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)

- 10 Sofortprogramm zur Beseitigung der Schäden des Orkans „Kyrill“** 45

Bericht der Landesregierung

- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) 45
- Aussprache 47

<b>11 Sachstand der Beratungen in der Kommission zur Föderalismusreform II</b>	48
Bericht der Landesregierung	
- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	48
- Aussprache	49
<b>12 Geplante Neuregelungen bei der Erbschaftsteuer</b>	51
Vorlage 14/1013	
Bericht des Finanzministeriums	
- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	51
- Aussprache	51
<b>13 Verschiedenes</b>	53

\*\*\*\*\*

## 2 Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagementgesetz NRW – PEMG NRW)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/3975

Erster Beratungsdurchgang

**Vorsitzende Anke Brunn** erinnert daran, dass der Ausschuss beschlossen habe, am 2. Mai eine öffentliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchzuführen. Für heute sei ein erster Beratungsdurchgang vorgesehen.

**Hans-Theodor Peschkes (SPD)** führt aus, bereits in der Entstehungsphase dieses Gesetzentwurfs sei es im öffentlichen Dienst zu vielen Irritationen gekommen. Am Anfang sei befürchtet worden, dass nur die jungen und qualifizierten Leute den Stempel der PEM-Tauglichkeit erhielten. Jetzt setze der Finanzminister offensichtlich auf Anreizsysteme. Angesichts dieser Anreizsysteme müsse man sich allerdings fragen, ob man überhaupt noch das PEM-Gesetz und die damit verbundene Sonderbehörde mit 180 Mitarbeitern brauche. Der Finanzminister sei ursprünglich wohl auch der Meinung gewesen, dass man dieses nicht benötige, denn in einer Kabinetttvorlage habe er ausgeführt:

Bei einem Erfolg der Altersteilzeit ist denkbar, dass für Teilbereiche die Einführung des von der Landesregierung beschlossenen Personaleinsatzmanagements entbehrlich wird.

Damit stimme er überein. Wenn das so sei, brauche man das PEM-Gesetz und die zusätzliche Behörde nicht, und der Ausschuss könne auch auf die Anhörung verzichten.

**Ewald Groth (GRÜNE)** fragt, ob die SPD-Fraktion Kabinetttvorlagen erhalte, die seiner Fraktion nicht übermittelt würden.

**Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** legt dar, er wisse nicht, aus welcher Vorlage Herr Peschkes zitiert habe. Er kenne sie nicht. Die Fraktion der Grünen werde selbstverständlich nicht benachteiligt.

Was die angesprochenen Irritationen angehe: Die Landesregierung habe von Anfang an deutlich gemacht, dass fluktuationsbeschleunigende Elemente eingeführt werden sollten. Dass diese nicht sogleich verkündet worden seien, habe damit zu tun, dass die Einzelheiten erst noch hätten erarbeitet werden müssen. Manche Aufgeregtheit und manche Demonstration lasse sich vielleicht damit erklären; inzwischen habe sich die Situation ja etwas beruhigt.

Er wäre dankbar, wenn die Opposition nicht mehr von einer Behörde mit 180 Mitarbeitern sprechen würde. Diese Zahl sei aus den Berliner Erfahrungen einmal als Maximalbedarf genannt worden. Er habe immer gesagt, dass man mit

60 Mitarbeitern anfangen wolle und auch erst einmal glaube, damit auskommen zu können.

Zur Frage, ob PEM wirklich benötigt werde: Das PEM-Gesetz sehe vor, dass Vereinbarungen getroffen werden könnten, wenn kw-Vermerke schneller abgebaut und entsprechende Angebote gemacht würden. Es könne dann Bereiche geben, die aus der Personalisierung herausgenommen würden. – Das Land brauche PEM dringender denn je.